



fial  
Foederation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien  
Fédération des Industries Alimentaires Suisses  
Federazione delle Industrie Alimentari Svizzere

hotelleriesuisse  
Swiss Hotel Association

HEV Schweiz



Es gilt das gesprochene Wort.

## Grosser Schaden für die Schweiz

Heinz Karrer, Präsident economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie ganz herzlich zur heutigen Medienkonferenz. Vielen Dank für Ihr Kommen und Ihre Berichterstattung.

In gut zwei Wochen steht der nächste Urnengang vor der Tür. Dann stimmen wir über die Initiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft» – kurz «Grüne Wirtschaft» genannt – ab. Mit einem neuen Verfassungsartikel soll die Schweiz dazu verpflichtet werden, den aktuellen Verbrauch an Energien und Rohstoffen radikal, um mehr als zwei Drittel, zu senken. Um dieser Forderung annähernd gerecht zu werden, sind neue staatliche Eingriffe notwendig. Absehbar sind dirigistische Produktionsvorschriften, neue Umweltabgaben sowie weitere extreme Zwangsmassnahmen in den Bereichen «Mobilität», «Ernährung» und «Wohnen». Aus allen Bereichen werden Sie heute ein kurzes Referat hören.

### Ja zu Ressourceneffizienz – NEIN zur extremen Initiative

Bevor wir ins Detail gehen, ist es uns ein Anliegen klarzustellen, dass sich die Wirtschaft nicht per se gegen mehr Nachhaltigkeit wehrt. Ganz im Gegenteil: Das Grundanliegen der Initiative ist grundsätzlich berechtigt. Deshalb tragen schon heute täglich viele Schweizer Unternehmen zu einem grüneren und damit ökologischeren Wirtschaftsalltag bei. Völlig verfehlt sind hingegen die in der Volksinitiative vorgeschlagenen planwirtschaftlichen Instrumente, um dieses Ziel zu erreichen. Die starre Zeitachse, das quantitative Ziel und die fragwürdige Messmethode sind ebenso in hohem Mass kontraproduktiv. Ökologische Herausforderungen können nicht mit einem Kahlschlag bei Wirtschaft und Konsum angegangen werden. Doch genau das bewirkt die Volksinitiative. Zudem, und auch das geht vergessen, können die Herausforderungen nicht allein in der Schweiz gelöst werden. Weil viele Produkte und Rohstoffe importiert werden, fällt über die Hälfte der durch den Schweizer



Konsum verursachten Umweltbelastung im Ausland an. Darum sind nationale Alleingänge völlig verfehlt. Es braucht ein international abgestimmtes Vorgehen.

Lassen Sie mich verdeutlichen: Ein effizienter Umgang mit Ressourcen ist besonders in der teuren Schweiz ein überlebenswichtiges Eigeninteresse der Schweizer Unternehmen, weil dadurch Kosten gespart und die Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden können. Laufend rüsten Unternehmen ihre Produktionsstätten mit effizienter Gebäudetechnik und innovativen Energiekonzepten auf. Sie verbessern ihre Ressourceneffizienz und schliessen Materialkreisläufe. Die Initianten zeichnen dagegen ein Zerrbild der Realität. Sie behaupten, dass die Unternehmen zu ihrem Glück gezwungen werden müssen. Doch als hoch technologisiertes Land belegt die Schweiz in vielen internationalen Umweltrankings seit Jahren Spitzenplätze. Der Schweizer Wirtschaftsstandort vereint Wettbewerbsfähigkeit, Produktivität und Ressourcenschonung optimal. Zwar ist das Ziel damit noch nicht erreicht, doch der eingeschlagene Weg stimmt und soll auf freiwilliger Basis weiterverfolgt werden.

Etwas darf nicht vergessen werden: Viele Unternehmen sind bereits mit grossen Herausforderungen konfrontiert. Die Stichworte kennen Sie: Wechselkurs, MEI-Umsetzung, Unternehmenssteuerreform III, Energiewende sind nur einige davon. Zusätzliche Vorschriften, die die Produktion verteuern und Innovation behindern, sind vor diesem Hintergrund extrem schädlich. Die Initiative der Grünen führt zu einem abrupten Strukturwandel und gefährdet den Werkplatz Schweiz. Produktionsverlagerungen ins Ausland sind auch nicht im Sinne der Umwelt. Denn im Ausland bestehen schon heute oftmals weniger strenge Gesetze.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Gerne übergebe ich an dieser Stelle das Wort Hans Egloff, dem Präsidenten des Schweizer Hauseigentümergebietes.